

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher
Redakteur
Herrn Dr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesfa, des Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptzollamts Meißen beförderlicherseits bestimmte Blatt.

Postkontor
Dresden 1330.
Stempelklasse:
Riesfa Nr. 22.

Nr. 272.

Montag, 21. November 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abdruck- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontofuß gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfa. Achtung! Achtung! Unterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vierterung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Gieselerstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesfa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesfa.

Hitler erneuert beim Reichspräsidenten.

Mißglückter Anschlag auf den französischen Ministerpräsidenten.

Die Aussichten.

an. In allen politischen und parlamentarischen Kreisen wird jetzt ausschließlich die Frage erörtert, ob eine Lösung der Krise in parlamentarischer Form möglich ist oder der Reichspräsident sich gezwungen sehen wird, den Versuch zu unternehmen, wieder eine Regierung zu bilden, die ohne Parlamentsbedeckung „autoritativ“ ihres Amtes walten soll. Viel bemerkt wurde, daß die Aussprache zwischen Hitler und dem Reichspräsidenten außerordentlich lange, mehr als eine Stunde gedauert hat. Daraus schloß man, daß in dieser Aussprache ergebnislos verhandelt wurde, die Nationalsozialisten bei der Regierungsbildung stark zu beteiligen, und vor allem von Seiten des nationalsozialistischen Führers nicht wieder die entschiedene Forderung: Alles oder nichts! formuliert worden ist. Man ist einseitig nur auf Vermutungen angewiesen. Alle Verhandlungen werden ja streng vertraulich behandelt, um äußere Einflüsse auszuschalten und Zwischenträgern und Spekulationen zu vermeiden. Aber aus dem Gang der Verhandlungen, aus der Stimmung in den an diesen Verhandlungen beteiligten Parteien, aus auch einigen Neuheiten lassen sich doch Schlüsse ziehen, die die Entwirrung der Lage rechtzeitig andeuten.

Es ist eine alte Tatsache, daß Zentrum und Nationalsozialisten bemüht sind, in Preußen und im Reich eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Wenn sie das früher im Reich nicht vermochten, so trägt die frühzeitige Reichstagsauflösung die Schuld daran. Im alten Reichstage hätten sie noch ohne Hinzuziehung einer anderen Partei die Mehrheit stellen können. Jetzt brauchen sie dazu, außer der Bayerischen Volkspartei, mit der das Zentrum ja an sich rechnen kann, die Deutschnationalen. Wenn nun die Frage, ob aus den Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten eine parlamentarische Koalition zustande kommt, akut wird, so muß man zunächst, da man — wie gesagt — den Willen im Zentrum und bei den Nationalsozialisten zur Zusammenarbeit voraussetzen kann — überlegen, wie sich die Partei der Schließung, also die Deutschnationalen, verhalten werden. Sie werden immer als ausschlaggebende Partei den größten Einfluß in einer Koalition besitzen und könnten demnach viele Forderungen durchsetzen, die mühsam aber ihre Berechtigung gegen die Parlamentsregierung hinanzustellen. Diese Parlamentsregierung braucht nicht durchaus ausgesprochen parteipolitischen Charakter tragen. Es ist sehr leicht möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß weniger ausgesprochene Parlamentarier in die Regierung berufen werden, aber der Reichstag ihnen als Arbeitsbasis dienen soll. Jedenfalls scheint es, als ob die Lösung der Krise nach dieser Richtung drängt. Das heißt, es dürfte eine dem Reichspräsidenten genehme Veranlassung mit der Bildung der neuen Regierung betraut werden, während die Reichsparteien ihre Zustimmung geben, sich hinter diese Regierung zu stellen. Damit wäre eine deutschnationale Forderung, wenn auch in abgeschwächter Form, erfüllt. Kommt es also zu einer Verständigung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten, baut der Reichspräsident auf diese Verständigung seine weiteren Entschlüsse, so dürften die Deutschnationalen ihm nicht Schwierigkeiten machen.

Man erwartet — und so wird der weitere Gang der Krisenlösung sein —, daß von Seiten der Nationalsozialisten Vertrauensmänner des Zentrums zu Beratungen gebeten werden, daß beide Parteien ein Aktionsprogramm ausarbeiten, eine Übereinstimmung auch in wirtschaftlicher Hinsicht versuchen, politische Differenzpunkte aus der Welt schaffen, und dem Reichspräsidenten alsdann das von ihm gewünschte Programm vorlegen wird. Es ist jedenfalls anzunehmen, daß der Reichspräsident die Parteien vorweg auf bestimmte Bedingungen festlegen wollte. Er hat es offen gelassen, daß die Parteien mit Vorschlägen kommen und sich vorbehalten, nur diese Bedingungen zu überprüfen, ob sie sich der geplanten politischen Linie anpassen lassen. Es ist sogar möglich, daß der Reichspräsident, wenn das Abkommen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten sicher wird, Vorschläge für die Regierungsabstimmung annimmt und ihnen entspricht. Das macht den beiden Parteien die Verhandlungen bereits leichter.

So deuten sich bereits jetzt die Linien der nächsten Entwicklung an, und die Gefahr, daß es zu keiner Lösung der Krise kommen könnte, scheint überwunden zu sein. Die Verantwortung der Parteien ist zu groß, als daß sie es wagen könnten, jetzt weiter überflüssige Forderungen zu stellen. Sie haben gegen die parlamentarische Regierung Wagnis geerntet, sie wollten die Mitbestimmung des Reichstags, sie haben also die Pflicht, alles daran zu setzen, den Bestand und die Mitarbeit des Reichstags zu sichern.

Selbstverständlich ist es keine erfreuliche Zeit, in der die neue Konstellation die Führung übernehmen soll. Denn heute kann man sagen, daß sie viel von der Regierung Wagnis zerbrosen Vorzeichen künden müssen, daß sie außerordentlich schwierige Finanzen vorfinden, daß sie einen auf mehrere Jahre vorbelasteten Etat übernehmen müssen, daß sie für die Arbeitsbeschaffung und Ankurbelung so gar keine disponiblen Mittel mehr zur Verfügung haben, zumal sie jedenfalls nicht den Weg der Arbeitsbeschaffung forsetzen

Hitler will heute schriftliche Antwort übermitteln.

Berlin. Der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, ist heute um 11 Uhr beim Reichspräsidenten vorgefahren. In seiner Begleitung befand sich der Reichstagspräsident Goering und Minister a. D. Fritsch.

Vor dem Hotel „Kaiserhof“ hatte sich, obwohl der Zeitpunkt der Besprechung Adolf Hitlers beim Reichspräsidenten geheim gehalten wurde, wiederum eine große Anzahl von Parteianhängern angesammelt, die ihren Führer mit Beifrieden begrüßten und das Auto bis zum Reichstagspalais im Vauffahrt begleiteten. Die Polizei hatte jedoch umfangreiche Absperremaßnahmen bereits um 10 Uhr vorgenommen, um Vorkommnisse, wie sie sich am Sonnabend beim ersten Empfang Adolf Hitlers ereigneten, von vornherein auszuschalten.

Der Empfang Hitlers beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkpruch.) Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittag erneut Herrn Adolf Hitler. Ueber diese Besprechung wird folgende amtliche Mitteilung herausgegeben:

Nachdem der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei dem Herrn Reichspräsidenten mit aller Bestimmtheit erklärt hat, daß seine Partei nur in einer von ihm geführten Regierung mitarbeiten könne, hat der Herr Reichspräsident Herrn Hitler als den Führer der härtesten Partei des Reichstages erlaubt, sich zu stellen, ob und unter welchen Bedingungen eine von ihm geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag finden würde. Herr Hitler erklärte, seine Antwort auf dieses Ersuchen dem Herrn Reichspräsidenten heute nachmittag schriftlich zu übermitteln.

Nach dem Empfang beim Reichspräsidenten hatte Adolf Hitler zunächst längere Aussprachen mit seinen Parteifreunden. Und es hieß, daß die Antwort des Führers oder eine Mitteilung darüber für die Presse am 12 Uhr auszugeben werden sollte. So schnell ist aber die nationalsozialistische Führung mit ihrer Entscheidung aber offenbar nicht fertig geworden. Denn alle Mitteilungen wurden plötzlich auf den späteren Nachmittag verschoben. Rein stimmungsgemäß lag in politischen Kreisen in den Mittagsstunden die Annahme vor, daß die Antwort Hitlers negativ ausfallen würde, soweit sich das Ersuchen auf eine Reichstagsauflösung erziele. Man spricht auch von der Möglichkeit, daß Hitler die Führung eines Präsidialkabinetts übernehmen wird, weist aber darauf hin, daß die Ernennung eines Parteiführers zum Reichskanzler dem Gedanken eines Präsidialkabinetts widersprechen würde und deshalb kaum möglich sein dürfte. Es ist nun aber auch wieder möglich, daß Goering im Auftrag Hitlers erst noch die Parteiführer zusammenbittet. Darüber sind aber sichere Nachrichten nicht zu erlangen, weil auf nationalsozialistischer Seite über alle weiteren Absichten strengstes Stillschweigen geherrscht wird.

Sollte die Antwort Hitlers in der Tat ablehnend ausfallen, so wird, wie in politischen Kreisen verlautet, vom Reichspräsidenten aller Voraussicht nach erst noch ein weiterer Versuch gemacht werden, um alle parlamentarischen Möglichkeiten auszuschöpfen. Es wäre denkbar, daß auch ein Aufruf an den Führer des Zentrums ergäbe. Allerdings ist man sich in politischen Kreisen über die Aussichten nicht einig, zumal die getragenen Verhandlungen des Zentrums mit den Nationalsozialisten nicht gerade sehr hoffnungsvoll ausgegangen zu sein scheinen.

Demonstrationen vor dem „Kaiserhof“.

Berlin. (Funkpruch.) Nach der Rückkehr Adolf Hitlers vom Empfang beim Reichspräsidenten sammelten sich die Menschenmengen, die sich vorher in der Wilhelmstraße und am Wilhelmplatz aufgebaut hatten, vor dem Hotel „Kaiserhof“, das durch ein starkes Polizeiaufgebot abgeperrt war. Die Menge nahm auf dem gegenüberliegenden Bürgersteig Aufstellung und forderte im Sprecher Hitlers Erscheinen auf dem Balkon. Als der Führer der Nationalsozialisten nicht erschien, brachte ihm die Menge ein dreifaches Hoch aus. Da der Verkehr durch die angesammelten Menschenmassen zu stark behindert wurde, schritt die Polizei

werden, wie er jetzt vorgezeichnet ist. Die Nationalsozialisten haben sich gegen dieses Wirtschaftsprogramm mit allem Nachdruck gewandt. Es werden alles einlegen, um sich von den Experimenten zu trennen und mit neuen Gedanken zu kommen. Die Verantwortung, die sie auf sich laden, wird eine Prüfung von außerordentlicher Schwere für die Partei sein. Dinge kommt, daß sie ja nicht allein operieren kann, sondern sich mit den koalitierten Parteien verständigen muß. Die Zukunftsaussichten sind also, auch

ein und sorgte dafür, daß Bahnhöfe und Bürgersteige wieder passierbar wurden.

Goebbels spricht auf dem Wilhelmplatz zur Menge.

Berlin. (Funkpruch.) Nachdem die ersten Verhandlungen im Kaiserhof beendet waren, sammelten sich gegen 1 Uhr immer mehr Parteianhänger auf dem Wilhelmplatz, so daß die Polizei Mähe hatte, den Durchgangsverkehr aufrecht zu erhalten. Als Dr. Goebbels das Hotel verließ, versprach er dem Heiner-Vorsteher, die Menge zu beschwichtigen und zum Nachhausegehen zu veranlassen. Dr. Goebbels forderte dann seine Parteigänger auf, sich nach Hause zu begeben. Er führte dabei aus, daß der Führer die Bitte ausgesprochen, den Wilhelmplatz zu räumen, um Komplikationen zu vermeiden. Die politischen Dinge lägen in der Schwere, und es müsse im Hotel Kaiserhof gewissenhaft und aufrichtig gearbeitet werden. Zum Schluß richtete Dr. Goebbels an die SA-Führer die Aufforderung, dafür zu sorgen, daß binnen 10 Minuten der Wilhelmplatz von den Parteigängern geräumt werde. Unter stürmischen „Heil-Grüßen!“ Rufen fuhr dann Dr. Goebbels weiter und die Menge zerstreute sich bald.

Vertrauliche Besprechungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum.

Berlin, 21. November.

Auch am Sonntag haben die Verhandlungen über die Neubildung der Reichsregierung nicht geruht, und zwar fanden Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum statt. Hitler selbst ist an diesen Besprechungen nicht initiativ beteiligt gewesen; sie werden vielmehr von dem Reichstagspräsidenten Goering geführt. Hitler selbst hatte im Kaiserhof eine Reihe von Besprechungen mit seinen engeren Parteifreunden.

Ueber den Inhalt der Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum wird auf beiden Seiten aller- strengste Stillschweigen bewahrt, weil man unter allen Umständen vermeiden will, daß der weitere Verlauf durch Indiskretionen gefährdet werden könnte.

Reichstagspräsident Goering versuchte auch, mit den Deutschnationalen in Führung zu kommen. Diese Absicht ist aber zunächst mißlungen, weil die Deutschnationalen wohl erwartet hatten, daß Hitler selbst sich an sie wenden würde. Der „Montag“, der dem Geheimrat Hugenberg nahesteht, berichtet darüber, daß die Verhandlungen in der „etwas merkwürdigen Art“ eingeleitet worden seien, daß Reichstagspräsident Goering durch seinen Adjutanten den Geheimrat Hugenberg in das Palais des Reichstagspräsidenten zu sich bestellen ließ. Dr. Hugenberg ließ darauf mitteilen, daß er Herrn Adolf Hitler wie stets, so auch jetzt, zu einer politischen Besprechung zur Verfügung stehe. Er müsse es aber nach den Vorgängen der letzten Wochen ablehnen, einer in so ungewöhnlicher Form erfolgten Aufforderung des Reichstagspräsidenten Goering nachzukommen.

Nach dieser Absage bleibt immer noch die Möglichkeit für direkte Besprechungen zwischen Hitler und Hugenberg offen. Man kann aber annehmen, daß sie erst in einem späteren Stadium in Frage kommen, wenn zwischen Nationalsozialisten und Zentrum eine größere Klarheit erzielt worden ist. Ebenso ist anzunehmen, daß auch noch Verbindung mit der Deutschen Volkspartei aufgenommen werden wird. Im ganzen gesehen, hat der Sonntag noch keine Entscheidung gebracht.

Die Diskretion, die über die Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum gebietet wird, zeigt, daß diese Verhandlungen noch weitergehen. In politischen Kreisen hält man es für möglich, daß sich im Laufe des heutigen Montag eine größere Klarheit über die Besprechungen gewinnen läßt.

wenn sich die politische Entwicklung in die gezeichneten Bahnen drängt, nicht gerade gut. Doch das sind zweite Sorgen: Zunächst gilt es, die Krise zu beenden, die geschäftsführende Regierung abzulösen, die aus den Retrologen der Presse sehr wenig Anerkennung herauslösen konnte und über die das richtige Urteil wahrscheinlich erst gefällt werden wird, wenn andere Männer sich das zutreffende Bild über das Wirken der Regierung Papen gemacht haben.